

Der Landesstreik im Kontext der Schweizer Streikgeschichte

Autor(en): **Koller, Christian**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **25 (2018)**

Heft 2: **La Grève générale de 1918 : crises, conflits, controverses = Der Landesstreik 1918 : Krisen, Konflikte, Kontroversen**

PDF erstellt am: **27.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-787311>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Landesstreik im Kontext der Schweizer Streikgeschichte

Christian Koller

Der Landesstreik fiel in die Hochblüte der helvetischen Streiktätigkeit. Die Häufung von Arbeitskonflikten im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts hatte einerseits materielle Ursachen. Die Streikrate nahm zu in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs, wenn Arbeiter in Form von Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen ein grösseres Stück am wachsenden Kuchen zu erkämpfen versuchten, in Krisensituationen wegen Kämpfen gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen oder in inflationären Phasen im Kampf um die Kaufkraft erhalten. Die intensive Streiktätigkeit reflektierte aber auch den Anspruch der erstarkenden Arbeiterbewegung auf Anerkennung und Teilhabe an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.

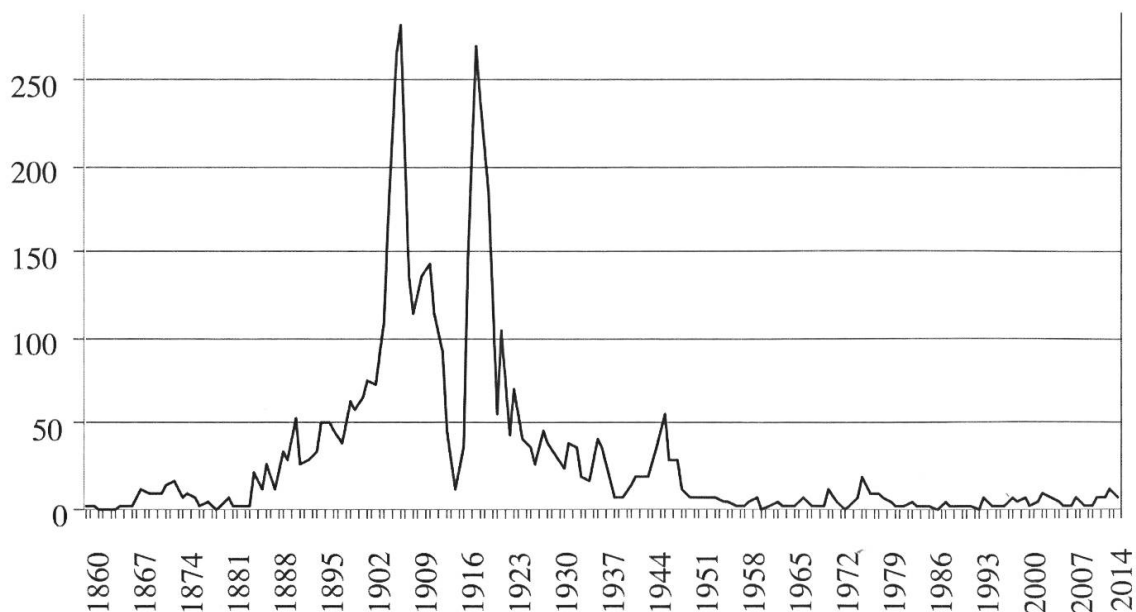
Höhepunkt der Streiktätigkeit vor dem Ersten Weltkrieg

Nachdem die ersten Arbeiterstreiks in der Schweiz im frühen 19. Jahrhundert stattgefunden hatten, bildeten die 1860er-Jahre den Übergang zu einer kontinuierlichen, wellenförmig ansteigenden Streiktätigkeit. In den 1870er-Jahren wurden 71 Streiks gezählt, in den 1880er-Jahren 137, in den 1890er-Jahren 449 und in den 1900er-Jahren 1418. Von den Arbeitskämpfen zwischen 1880 und 1914 waren etwa 90 Prozent reine Männer- und 2,5 Prozent reine Frauenstreiks.¹ Eine internationale Streikwelle 1905–1907 erfasste auch die Schweiz: 1905 beteiligten sich 23 110 Personen an 167, 1906 25 329 Personen an 265 und 1907 – ein Allzeithoch – gar 52 777 Personen an 282 Streiks.² Diese Häufung erfolgte auf dem Höhepunkt eines Konjunkturzyklus, als die Wirtschaft rasch wuchs, die

1 Hans Hirter, «Die Streiks in der Schweiz in den Jahren 1880–1914. Quantitative Streikanalyse», Andreas Balthasar, Erich Gruner, Hans Hirter, *Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914*, Bd. II/2, Zürich, 1988, S. 837–1008, hier S. 878.

2 Christian Koller, *Streikkultur. Performanzen und Diskurse des Arbeitskampfes im schweizerisch-österreichischen Vergleich (1860–1950)*, Münster, Wien, 2009, S. 48 f.

Anzahl Streik in der Schweiz 1860–2015



Quelle: Christian Koller, *Streikkultur: Performanzen und Diskurse des Arbeitskampfes im schweizerisch-österreichischen Vergleich (1860–1950)*, Münster/Wien, 2009, S. 48–50, 326, 408.

Arbeitslosigkeit stark zurückging, aber die Reallöhne wegen hoher Teuerung kaum stiegen.³

Mit der Zunahme von Streiks auf komplexe Weise verknüpft war die Entwicklung des Gewerkschaftswesens, die sich nach 1900 rasant beschleunigte. Zählte der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) bei seiner Gründung 1880 lediglich zwölf Sektionen mit 133 Mitgliedern, wurde er nun zu einem wirklichen Dachverband, dessen Mitgliederzahl bis 1913 auf 86 313 stieg.⁴ Der Frauenanteil an der Industriearbeiterschaft betrug um die 40 Prozent, die Gewerkschaften hatten indessen oft männerbündische Züge und rund 90 Prozent der SGB-Mitglieder waren männlich. Parallel entstanden konfessionelle Arbeiterorganisationen. 1907 schlossen sich die katholischen Verbände zum Christlichsozialen Gewerkschaftsbund zusammen, der fünf Jahre später 5000 Mitglieder zählte und für den der Streik ein Ausnahmemittel darstellte.

Als Reaktion bauten auch die Arbeitgeber arbeitskampfbezogene Strukturen auf. Erste lokale Arbeitgeberzusammenschlüsse gab es bereits in den 1860er-Jahren,

3 Heiner Ritzmann-Blickenstorfer, *Historische Statistik der Schweiz*, Zürich, 1996, S. 448 (G.4a und b), 481 (H.1), 866 (Q.1a). Siehe auch <https://hssso.ch>, 25. 4. 2018.

4 Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich, *Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart*, Zürich, 1975, S. 398.

die Gründung eigentlicher Arbeitgeberverbände erfolgte aber als Antwort auf die Streikwelle 1905–1907.⁵ 1905 entstand als Prototyp der Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller (ASM).⁶ Bestehende Organisationen wie der Baumeisterverband strafften ihre Strukturen und gaben sich Streikreglemente.⁷ Zu den hauptsächlichen Kampfmitteln gehörten die Ausspernung, schwarze Listen, der Einsatz von Streikbrechern und Unterstützungskassen.⁸ 1908 wurde der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen aus der Taufe gehoben.⁹

Auch der Staat war in viele Arbeitskämpfe involviert. Seit den 1890er-Jahren entstanden Einigungsämter zur Schlichtung von Arbeitskonflikten, deren Kompetenzen nach der Streikwelle 1905–1907 ausgebaut wurden.¹⁰ Staatliche Organe waren aber auch in der Repression von Streiks engagiert: Des Öfteren reagierte der Staat auf streikbezogene Gewalt mit Streikposten- und Demonstrationsverboten. In der Regel war auch Polizei präsent, die sich aber zumeist passiv verhielt. Aufgrund der teilweise noch kleinen Polizeikorps kam wiederholt die Armee zum Einsatz. Nach dem ersten Militäreinsatz bei einem Bauarbeiterstreik in Lausanne 1869 hatte eine improvisierte Miliz bereits 1875 in Göschenen vier streikende Gotthardtunnelarbeiter getötet.¹¹ Nach der Jahrhundertwende gab es grössere Militäreinsätze 1902 (Genf), 1903 (Basel), 1904 (La Chaux-de-Fonds, Ricken), 1905 (Rorschach), 1906 (Zürich), 1907 (Hochdorf, St. Moritz, Waadt) und 1912 (Zürich). Insgesamt wurden zwischen 1880 und 1914 bei 38 Streiks Truppen aufgeboden oder auf Pikett gestellt.¹²

5 Erich Gruner, *Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat*, Bern, 1968, S. 970.

6 Pierre Eichenberger, «Le rôle des organisations patronales dans les variétés du capitalisme. L'exemple de l'industrie suisse des machines (1905–1913)», Pierre Lamard, Nicolas Stoskopf (Hg.), *L'entreprise rhénane. Mythe ou réalité?*, Paris, 2015, S. 83–94.

7 Hans Gerster, *Die Arbeitgeberorganisationen der Schweiz*, Basel, 1921, S. 36 und 57–60; Erich Gruner, «Werden und Wachsen der schweizerischen Wirtschaftsverbände im 19. Jahrhundert», *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Nr. 6, 1956, S. 33–101, hier S. 75.

8 Hans Gerster, *Die Arbeitgeberorganisationen*, S. 119–152; Erich Gruner, «Die Arbeitgeberorganisationen – Spiegelbild oder Überbietung der Gewerkschaften?», Erich Gruner et al. (Hg.), *Arbeiterschaft und Wirtschaft*, S. 813–836, hier S. 820–825.

9 Hans Gerster, *Die Arbeitgeberorganisationen*, S. 70.

10 Kurt Waldner, *Die Schlichtung von kollektiven Arbeitsstreitigkeiten in der Schweiz*, Affoltern, 1949, S. 59–86; Erich Gruner, «Rechts- und Schlichtungsmittel auf dem Arbeitsmarkt», ders. et al. (Hg.), *Arbeiterschaft und Wirtschaft*, S. 1213–1297, hier S. 1287–1289.

11 Tobias Kästli, *Der Streik der Tunnelarbeiter am Gotthard 1875. Quellen und Kommentar*, Basel, 1975; Alexandra Binnenkade, *Sprengstoff: Der Streik der italienischen Gotthardtunnelarbeiter – Alltag und Konflikte im Eisenbahnerdorf Göschenen 1875*, Lizentiatsarbeit Universität Basel, 1996.

12 Hans Hirter, «Die Streiks», S. 993–995.

Das Tarifvertragswesen als Mittel zur Verhinderung von Arbeitskonflikten reicht bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zurück.¹³ Nach 1900 nahm die Zahl der Tarifabschlüsse massiv zu. In den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg waren bereits etwa 45 000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus über 5500 Betrieben tariflich gebunden.¹⁴ 1909 bezeichnete der Bundesrat Tarifverträge als «normale Ordnung des Arbeitsverhältnisses»;¹⁵ 1911 erhielten sie als Gesamtarbeitsverträge (GAV) eine juristische Grundlage.¹⁶

Neben den grenzüberschreitenden Streikwellen wies der Arbeitskampf weitere transnationale Dimensionen auf. Dazu gehörten Spendenkampagnen zugunsten streikender und ausgesperrter Kollegen im Ausland, aber auch die grenzüberschreitende Rekrutierung von Streikbrechern.¹⁷ Beide Arbeitsmarktparteien verstärkten zunehmend ihre internationalen Kooperationen. Um die Jahrhundertwende fanden in verschiedenen Branchen internationale Arbeiterkonferenzen statt und es wurden in der Folge Strukturen ins Leben gerufen, die unter anderem die grenzüberschreitende Anwerbung von Streikbrechern verhindern sollten. Die Bewegung gipfelte 1913 in der Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die Arbeitgeberseite zog mit grenzüberschreitenden Konventionen über die gegenseitige Arbeitskampfunterstützung nach.¹⁸ 1911 fand ein erster internationaler Kongress der Arbeitgeberorganisationen statt, ein internationaler Verband kam aber erst 1920 zustande.

Die intensive Streiktätigkeit führte zu medialen und politischen Debatten. Auf bürgerlicher Seite etablierten sich zwei miteinander verknüpfte Deutungsmuster, die bereits die Folie für die späteren Verschwörungstheorien über Ursprünge und Wesen des Landesstreiks bildeten.¹⁹ Zum einen wurde der Streik als etwas Unschweizerisches dargestellt, als «Kopie ausländischer Muster».²⁰ So wurde

13 Erich Gruner et al. (Hg.), *Arbeiterschaft und Wirtschaft*, S. 996.

14 Erich Gruner, «Rechts- und Schlichtungsmittel», S. 1242.

15 «Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Revision des Obligationenrechts», *Bundesblatt*, Nr. 61/3, 1909, S. 725–756, hier S. 746.

16 Roman Boos, *Der Gesamtarbeitsvertrag nach schweizerischem Recht*, München, 1916, S. 198.

17 Christian Koller, «Local Strikes as Transnational Events. Migration, Donations, and Organizational Cooperation in the Context of Strikes in Switzerland (1860–1914)», *Labour History Review*, Nr. 74, 2009, S. 305–318; Christian Koller, ««Nur ein paar Lumpen die Ihren Judaslohn in Alkohol umsetzen». Streikbrecher vom Balkan in der Schweiz im frühen 20. Jahrhundert und ihre Wahrnehmung», *Ethnologia Balkanica*, Nr. 13, 2009, S. 91–105.

18 Hans Gerster, *Die Arbeitgeberorganisationen*, S. 78 f.

19 Christian Koller, «Coulissenschieber, Spitzelhunde und Dunkelmänner – Verschwörungstheorien im schweizerischen Streikdiskurs vor dem Ersten Weltkrieg», *traverse*, Nr. 11/3, 2004, S. 73–84; Christian Koller, «La grève comme phénomène «anti-suisse». Xénophobie et théories du complot dans les discours anti-grévistes (19e et 20e siècles)», *Cahiers d'histoire du mouvement ouvrier*, Nr. 28, 2012, S. 25–46.

20 *Neue Zürcher Zeitung*, 22. 9. 1906.

Plakat in slowenischer Sprache zur Abwehr der Anwerbung von Streikbrechern im Ausland während des Winterthurer Bauarbeiterstreiks 1909/1910. Schweizerisches Sozialarchiv Ar 21.20.1.



immer wieder der Vorwurf erhoben, Ausstände würden von Ausländern angezettelt, die auch die angeblich streikunwilligen Schweizer zum Mitmachen nötigten. Zum anderen fanden sich allerhand Drahtziehertheorien, die Streiks bald auf eine internationale anarchistische Verschwörung, bald auf jüdische Börsenspekulanten, bald auf konkurrierende ausländische Kapitalisten zurückführten.

Auf der Linken verfestigte sich als Reflex auf behördliche Interventionen das Bild vom bürgerlichen Klassenstaat. Polizei und Militär erschienen zunehmend als Instrumente eines «Klassenkampf[s] von oben».²¹ Die Metapher von staatlichen Sicherheitskräften als «Kosaken» wurde ubiquitär²² und antizipierte das bekannte SP-Wahlplakat von 1919, das einen über einen Arbeiter hinwegreitenden Kavalleristen zeigte.²³ War bis etwa 1904 in Teilen der Arbeiterbewegung der Einsatz von Ordnungstruppen bei Streiks unter bestimmten Umständen als legitim betrachtet worden,²⁴ sprachen sich bis 1907 alle wesentlichen Richtungen

21 Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch), 32/114, Wahlen Stadt Zürich vor 1914.

22 Zum Beispiel *Volksrecht*, 18. 8., 31. 7. 1906; Stadtarchiv Winterthur, GB 44, Polizeiprotokoll 1910, S. 222; Staatsarchiv Zürich, P 193: a: 2: 6, Polizeisoldat Schär an Polizeikommando Zürich, 6. 4. 1910; Max Tobler, *Ein Stück Klassenkampf in der Schweiz. Das Streikjahr 1906 in Zürich*, Zürich, [1911].

23 Paul Wyss, *Wahlplakat der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz*, 1919, Schweizerische Nationalbibliothek, Graphische Sammlung, SNL_POL_343, beziehungsweise Museum für Gestaltung Zürich, Plakatsammlung, 01-0525.

24 Vgl. *Grütli*, 18. 8., 20. 8., 27. 8. 1904.



Die grütlianische Satirezeitschrift *Der Neue Postillon* zum Zürcher Streiksommer 1906. Schweizerisches Sozialarchiv.

der Sozialdemokratie für ein Verbot solcher Einsätze aus.²⁵ Damit hatten sich Ordnungstruppen als Feindbild etabliert, das im November 1918 die militärische Besetzung Zürichs zu einer ungeheuren Provokation machen sollte.

Massenstreikdebatte und lokale Generalstreiks

Ab dem ausgehenden 19. Jahrhundert befruchteten sich Generalstreikerfahrungen und Massenstreikdebatten sowohl international als auch in der Schweiz gegenseitig.²⁶ 1893 und 1902 fanden in Belgien Generalstreiks für die Demokrati-

25 Mirko Greter, *Sozialdemokratische Militärpolitik im Spannungsfeld von Vaterlandsliebe, Pazifismus und Klassenkampf. Der lange Weg der SPS hin zur Ablehnung der Landesverteidigung 1917*, Berlin, 2005, S. 127–131, 138–143, 152–158.

26 Willi Gautschi, *Der Landesstreik 1918*, Zürich, 1968, S. 13–27; Patrick de Laubier, 1905. *Mythe et réalité de la grève générale. Le mythe français et la réalité russe*, Paris, 1989; Antonia Grunenberg (Hg.), *Die Massenstreikdebatte*, Frankfurt am Main, 1970; Phil H. Goodstein, *The Theory of the General Strike from the French Revolution to Poland*, Boulder, 1984; Miguel Chueca (Hg.), *Déposséder les possédants. La grève générale aux «temps héroïques» du syndicalisme révolutionnaire (1895–1906)*, Marseille, 2008.

sierung des Wahlrechts statt. Auch in Schweden, den Niederlanden, Spanien und Italien gab es Generalstreiks. In den theoretischen Debatten wurden grob drei Positionen vertreten: Marxistische Sozialdemokraten sahen im Massenstreik ein Abwehrmittel, für reformerische Syndikalisten war er Abwehrmittel wie auch Mittel zur Durchsetzung noch nicht erreichter Rechte und die Anarchisten propagierten ihn als direkten Angriff auf den Klassenstaat und als Beginn der Revolution. Die Zweite Internationale anerkannte 1904 Massenstreiks als äusserstes Mittel zur Abwehr von Angriffen auf die Arbeiterrechte oder zur Herbeiführung bedeutender gesellschaftlicher Veränderungen. Eine Intensivierung der Massenstreikdebatte brachten die Generalstreikerfahrungen der russischen Revolution von 1905 sowie das Erkämpfen des allgemeinen, gleichen Männerwahlrechts in Cisleithanien mittels Massenstreiks und -demonstrationen 1905/06.²⁷

Diese Debatte griff auch auf die Schweiz über. In der Romandie wirkten dabei, wie bei der allgemeinen Streiktätigkeit der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg, Einflüsse des französischen Syndikalismus.²⁸ Demgegenüber orientierte sich die Arbeiterbewegung der deutschen Schweiz stärker an den Debatten im Deutschen Reich. Bezeichnete Herman Greulich 1903 Generalstreiks noch als «nichts bewirkende Geplänkel» und «Kinderphantasien»,²⁹ befürwortete Robert Grimm drei Jahre später den politischen Massenstreik als Mittel zur Systemveränderung in Ergänzung zum Parlamentarismus.³⁰ Eine Umfrage unter den SGB-Mitgliedsverbänden zeigte 1912 eine ähnliche Skepsis gegenüber der Generalstreikidee wie bei den deutschen Bruderorganisationen.³¹ Der SP-Parteitag 1913 lehnte den «sogenannten revolutionären Generalstreik» ab, befürwortete aber Massenstreiks «als Notwehr- und Protestaktion» zur Verhinderung von «Massnahmen der Behörden, durch die gemeinsame Lebensinteressen oder unentbehrliche Rechte und Freiheiten der Arbei-

27 Christian Koller, *Streikkultur*, S. 279–289.

28 Marc Vuilleumier, «Le syndicalisme révolutionnaire en Suisse romande», ders., *Histoire et combats. Mouvement ouvrier et socialisme en Suisse 1864–1960*, Lausanne, 2012, S. 379–409; André Lasserre, *La classe ouvrière dans la société vaudoise, 1845 à 1914*, Lausanne, 1973, S. 235–247, 339–373; Charles Heimberg, *L'œuvre des travailleurs eux-mêmes? Valeurs et espoirs dans le mouvement ouvrier genevois au tournant du siècle (1885–1914)*, Genève, 1996, S. 48–50.

29 Herman Greulich, *Wo wollen wir hin? Ein ernstes Mahnwort an alle Gewerkschafter der Schweiz*, Bern, 1903, S. 37.

30 Robert Grimm, *Der politische Massenstreik. Ein Vortrag*, Basel, 1906.

31 Schweizerischer Gewerkschaftsbund, *Jahres-Bericht des Bundeskomitees an die Zentralvorstände und Mitglieder des Gewerkschafts-Ausschusses 1912*, Bern, 1913, S. 62–66; «Stellungnahme der schweizerischen Gewerkschaftsverbände zur Frage des Generalstreiks», *Gewerkschaftliche Rundschau*, Nr. 5, 1913, S. 87–89; Erich Gruner, «Gewerkschaften zwischen Reform und Revolution», ders. et al. (Hg.), *Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914. Soziale Lage, Organisation und Kämpfe von Arbeitern und Unternehmern, politische Organisationen und Sozialpolitik*, Bd. II/1, Zürich 1988, S. 157–254, hier S. 197–203.

terklasse ernsthaft bedroht werden», oder «in solchen Fällen, wo die Arbeiterklasse in ihrem Ehrgefühl derart verletzt wurde, dass das Ansehen der Organisation durch kein anderes Protestmittel besser gewahrt werden kann».³²

Auf der Arbeitgeberseite wurde die Generalstreikfrage ebenfalls diskutiert. An der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeberorganisationen hielt Verbandssekretär Otto Steinmann 1910 ein Referat über den schwedischen Generalstreik des Vorjahres.³³ Als «Lehren» aus dem Ereignis befürwortete er einen Arbeitgeberkampffonds, eine stärkere Zentralisierung der Arbeitgeberorganisationen sowie Streik- und Koalitionsverbote für in Infrastrukturbetrieben Beschäftigte. Darüber hinaus war die Generalstreikfrage auch Gegenstand von Beiträgen in parteiunabhängigen Presseerzeugnissen.³⁴

Parallel gab es eine Reihe lokaler Generalstreiks: Der erste entzündete sich im Oktober 1902 in Genf an einem Arbeitskonflikt bei der Strassenbahn, die sich in britischem Besitz befand und deren amerikanischer Manager ältere Angestellte durch jüngere, billigere Kräfte ersetzen wollte.³⁵ Nach Massregelungen gegen streikende Strassenbahner löste der Genfer Gewerkschaftsbund einen Generalstreik aus, dem sich etwa 15 000 Personen anschlossen. Die Regierung bot 2500 Mann Ordnungstruppen auf, von denen mehrere Hundert den Dienst verweigerten. Nach drei Tagen wurde der Generalstreik erfolglos abgebrochen; etwa hundert Strassenbahner verloren ihre Stelle.

Die Streikwelle 1905–1907 mündete in weitere Generalstreiks: 1906 in Neuenburg, im folgenden Jahr in Genf, in der Waadt mit Schwerpunkten in Lausanne, Vevey und Montreux sowie in Hochdorf.³⁶ Nicht in die Realität umgesetzt wurden Generalstreikforderungen in Basel und in Zürich 1906 und in Genf 1908.³⁷ 1910 gab es einen Generalstreik in Arosa. Der letzte Generalstreik vor dem Ersten Weltkrieg ereignete sich 1912 in Zürich.³⁸ Auslöser waren Bran-

32 Sozialdemokratische Partei der Schweiz, *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages vom 7., 8. und 9. November 1913 abgehalten im Saalbau in Aarau*, Zürich, 1914, S. 8.

33 Otto Steinmann, *Betrachtungen über den schwedischen Generalstreik des Jahres 1909*, o. O. [1910].

34 Zum Beispiel Hans Schmid, «Der Generalstreik als soziales und politisches Kampfmittel», *Die Berner Woche in Wort und Bild*, Nr. 2, 1912, S. 94 f.

35 Christian Koller, *Streikkultur*, S. 118–131.

36 Monique Jaccard, «La grève généralisée de mars 1907. Étude d'une tentative d'action directe révolutionnaire dans le canton de Vaud et à Genève», *Revue historique vaudoise*, Nr. 79, 1971, S. 115–181; André Lasserre, *La classe ouvrière*, S. 355–367.

37 Robert Grimm, *Der politische Massenstreik*, S. 3 f.; SozArch, Ar 2.20.5, Arbeiterunion Zürich, Vorstandsprotokolle 1905–1908, S. 116, 126; SozArch, Ar 2.30.3, Arbeiterunion Zürich, Delegierten-Protokolle 1904–1907, S. 200–220; *Grütlianer*, 25. 5. 1908.

38 Urs Jacob, *Der Zürcher Generalstreik vom 12. Juli 1912*, Teil I: *Allgemeine und besondere Vorgeschichte bis zur Streikdebatte im Kantonsrat von Anfang Juni 1912*, Lizenziatsarbeit Universität Zürich, 1977; Karl Lang, «La grève générale de 1912 à Zurich», *Cahiers Vilfredo Pareto*, Nr. 42, 1977, S. 129–141.

chenstreiks der Maler und Schlosser. Als ein im Deutschen Reich angeworbener Berufstreikbrecher freigesprochen worden war, nachdem er einen Streikposten erschossen hatte, und die Behörden Anfang Juli ein teilweises Streikpostenverbot erlassen hatten, rief die Arbeiterunion für den 12. Juli 1912 einen eintägigen Generalstreik aus, an dem sich 20 000 Personen beteiligten und der ruhig verlief. Der Regierungsrat bot 3000 Mann Ordnungstruppen auf und die Arbeitgeber verkündeten als Retorsionsmassnahme eine zweitägige Aussperrung.

Streikentwicklung während des Ersten Weltkriegs

Der «Burgfrieden» zu Kriegsbeginn führte zunächst zu einem fast kompletten Erliegen der Streiktätigkeit. 1915 sank die Streikrate mit zwölf Arbeitskämpfen auf den tiefsten Stand seit drei Jahrzehnten. In der zweiten Kriegshälfte nahm sie aber rasch wieder zu: 1916 gab es 35 Streiks mit 3330 Beteiligten, 1917 kam es zu 140 Arbeitsniederlegungen mit 13 459 Beteiligten und im letzten Kriegsjahr wurde (selbst ohne Landesstreik) mit 269 Ausständen und 24 382 Beteiligten sogar das Rekordniveau der Streikwelle 1905–1907 wieder erreicht.³⁹ Die gewerkschaftliche Statistik verzeichnete zudem eine massive Zunahme der «Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen», von denen 1918 nicht weniger als 1533 gezählt wurden, fünfmal so viele wie 1913. Die Gesamtzahlen der zwischen 1917 und 1919 an Lohnbewegungen beteiligten Arbeiterinnen und Arbeiter bewegten sich in derselben Grössenordnung wie die Zahl der Ausständigen im Landesstreik: 1917 waren es 207 536 Personen, 1918 325 240 und 1919 gar 440 460.⁴⁰

Analog entwickelte sich die Zahl der SGB-Mitglieder: Bis 1915 ging sie auf 64 972 zurück, bedingt zu einem grossen Teil durch den Wegzug von Ausländern,⁴¹ um in der zweiten Kriegshälfte in bisher unbekannte Höhen zu steigen, auf 148 946 im Jahr 1917 und gar 177 143 im letzten Kriegsjahr.⁴² Eine offene Forschungsfrage ist, ob die Bedeutung von Frauen im Streikgeschehen wie in den Krieg führenden Ländern zunahm.⁴³ Bekannt ist, dass die Zahl der weiblichen SGB-Mitglieder sich 1915–1918 auf 26 247 verfünffachte.⁴⁴ Auch spielten

39 Christian Koller, *Streikkultur*, S. 49 f.

40 Walter Stucki, *Der Schweizerische Gewerkschaftsbund in der Kriegszeit (1914–1920)*, Bern, 1928, S. 52 f.

41 «Die Schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1914», *Gewerkschaftliche Rundschau*, Nr. 7, 1915, S. 69–71.

42 Christian Koller, *Streikkultur*, S. 58.

43 *Die Vorkämpferin*, 1. 9. 1918.

44 «Die Gewerkschaftsverbände der Schweiz im Jahre 1918», *Gewerkschaftliche Rundschau*, Nr. 11/12, 1919, Beilage, S. 1; Christine Ragaz, *Die Frau in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung*, Stuttgart, 1933, S. 150.

Frauen eine wichtige Rolle bei Marktprotesten und Teuerungsdemonstrationen,⁴⁵ die teilweise während der Arbeitszeit stattfanden.⁴⁶

Die Verknüpfung von Streiks und Antiteuerungsprotest kam nicht von ungefähr: Vor allem in der zweiten Kriegshälfte stiegen die Preise stark an. In Zürich etwa betrug die Teuerung für Nahrungsmittel und Energie zwischen 1914 und 1918 117 Prozent.⁴⁷ Die Löhne hielten damit nicht Schritt. Wo überhaupt Teuerungszulagen ausgerichtet wurden, geschah dies selektiv und auf einer wackligen Datengrundlage. Die Reallöhne der Industriearbeiter sanken im Schnitt um rund ein Viertel.⁴⁸ Verschärft wurde die Situation durch den Aktivdienst, entsprach doch der Tagessold nicht einmal zwei durchschnittlichen Stundenverdiensten eines männlichen Industriearbeiters. Wehrmännerunterstützung gab es nur auf Antrag bei nachgewiesener Bedürftigkeit und sie war mit dem Stigma der Armengenösigkeit verbunden.⁴⁹ Viele Arbeiterfamilien wurden dadurch verstärkt von weiblichen Einkommen abhängig, die im Schnitt nur 55–60 Prozent der Männerlöhne betrug. Neben den spektakulären Ausständen, die sich 1918 häuften, drehten sich unzählige Streiks auf der Mikroebene um den Teuerungsausgleich.

Die Behörden griffen verschiedentlich ins Streikgeschehen ein: Bei einem Typografenstreik in Lausanne wurden 1916 Streikende in den Aktivdienst einberufen und zum Streikbruch kommandiert. Vom selben Mittel machten die Behörden im folgenden Jahr beim von einem Priester angeführten Streik christlichsozialer Arbeiter in der Aluminiumfabrik Chippis Gebrauch; zudem gelangten Ordnungs-

45 Vgl. «Wuchergeschäfte und Teuerungsdemonstrationen», *Gewerkschaftliche Rundschau*, Nr. 7, 1915, S. 74 f.; Regula Pfeifer, «Frauen und Protest. Marktdemonstrationen in der deutschen Schweiz im Kriegsjahr 1916», Anne-Lise Head-König, Albert Tanner (Hg.), *Frauen in der Stadt*, Zürich, 1993, S. 93–109; Stefanie Eichenberger, «Wie da der Hunger und die Not an der Schwelle steht». Hunger in der öffentlich-medialen Diskussion der Arbeiterinnen in Zürich während des Ersten Weltkrieges, Lizentiatsarbeit Universität Zürich, 2004; Martha Rohner, «Was wir wollen!». *Rosa Bloch und die Zürcher Frauendemonstrationen 1916–1919*, Masterarbeit Universität Zürich, 2007; Maria Meier, *Von Notstand und Wohlstand. Die Basler Lebensmittelversorgung im Krieg 1914–1918*, Dissertation Universität Luzern, 2017.

46 *Grütli*, 1. 7. 1918.

47 Urs Kern, *Reallöhne Schweizerischer Industriearbeiter von 1890 bis 1890. Ergebnisse 2*, Zürich, 1981, S. 130; Marco Curti, *Reallöhne schweizerischer Industriearbeiter von 1890 bis 1921. Ergebnisse 3*, Zürich, 1981, S. 146.

48 Heiner Ritzmann-Blickenstorfer, *Historische Statistik*, S. 448 (G.4a und b). Siehe auch <https://hso.ch>, 25. 4. 2018.

49 Willi Gautschi, *Der Landesstreik*, S. 36; Georg Kreis, *Insel der unsicheren Geborgenheit. Die Schweiz in den Kriegsjahren 1914–1918*, Zürich, 2014, S. 164; Erwin Horat, «Vom Krieg verschont und doch von Sorgen geplagt». Soziale und wirtschaftliche Schwierigkeiten am Beispiel des Kantons Schwyz im Ersten Weltkrieg», *Der Geschichtsfreund*, Nr. 169, 2016, S. 53–74, hier S. 60–64; Leonhard Haas, «Soldatenfürsorge während des Aktivdienstes 1914–1918», *Schweizer Monatshefte*, Nr. 48, 1968/69, S. 811–816.

Postkarte zum Typografenstreik in Lausanne, Dezember 1916. Archives de la Ville de Lausanne, fonds privé P 726 (Syndicom).



truppen gegen die Streikenden zum Einsatz.⁵⁰ Auch anlässlich des überregionalen halbtägigen Demonstrationsstreiks vom 30. August 1917, als in den meisten grösseren Städten Teuerungsproteste mit insgesamt etwa 60 000 Teilnehmenden stattfanden, sowie bei Streiks in Bodio (1917), Lugano (1918) und mehrfach in den Arbeitsdetachements für ausländische Deserteure und Refraktäre (1918) gab es Truppeneaufgebote.⁵¹ Dies, zusammen mit den Ordnungsdiensteinsätzen bei den Zürcher Unruhen im November 1917 (vier Tote) und den Bieler «Hungerkrawallen» im Juli 1918 (ein Toter),⁵² reaktivierte in der Arbeiterbewegung das ein Dutzend Jahre zuvor herausgebildete «Kosakenbild». Als die SP am Parteitag 1917 ihre Unterstützung der militärischen Landesverteidigung beendete, spra-

50 Alain Schweri, *La grève de 1917 aux usines d'aluminium de Chippis. Un exemple de traumatisme industriel en pays agricole*, Lizenziatsarbeit Universität Genf, 1988.

51 Bundesamt für Adjutantur, Abteilung Heer und Haus (Hg.), *Die Schweizer Armee im Ordnungsdienst 1856–1970. Eine Übersicht in Tabellenform*, o. O., o. J. [Bern, 1971], S. 20–22; Thomas Bürgisser, «Unerwünschte Gäste». Russische Soldaten in *der Schweiz 1915–1920*, Zürich, 2010, 99–136.

52 Bruno Turnherr, *Der Ordnungseinsatz der Armee anlässlich der Zürcher Unruhen im November 1917*, Bern, 1978; Alain Berlincourt, «Julikrawall und Generalstreik in Biel», *Neues Bieler Jahrbuch*, Nr. 7, 1968, S. 89–101.

chen sich sowohl Gegner als auch Befürworter der Armee ausdrücklich gegen Militäreinsätze bei Streiks aus.⁵³

Die Streikwelle von 1918 erfasste nicht nur die für Arbeitskämpfe klassischen Branchen, deren Belegschaften sich durch starke Affinitäten zum sozialistischen Milieu auszeichneten. In Zürich gab es beispielsweise im August auch Streiks der Kellner und des Theaterpersonals.⁵⁴ Am 30. September trat das Zürcher Bankpersonal in den Ausstand. Erst im Vorjahr war der Bankpersonalverband Zürich entstanden, der innert kurzer Zeit zwei Drittel aller Angestellten umfasste. Aufgrund der massiven Reallohnverluste proklamierte der Verband im Herbst 1918 einen aufsehenerregenden Streik für seine Anerkennung durch die Arbeitgeber sowie höhere Löhne. Die Arbeiterunion Zürich rief zu einem lokalen Generalstreik zur Unterstützung der Bankangestellten auf, deren Forderungen am zweiten Streiktag vollumfänglich bewilligt wurden.⁵⁵

Es war dies nicht der einzige lokale Generalstreik im Vorfeld des Landesstreiks: Am 8./9. Juli 1918 waren in Lugano rund 3000 Arbeiter zur Unterstützung streikender Nebenbahn-, Tram- und Dampfschiffangestellter in den Ausstand getreten. Die Streikforderungen, welche Lohnerhöhungen und eine gerechtere Verteilung rationierter Lebensmittel umfassten, wurden nach Verhandlungen vor dem kantonalen Einigungsamt teilweise erfüllt.⁵⁶ Wenige Tage zuvor hatten anlässlich eines grossen Metallarbeiterstreiks wegen Konflikten um Teuerungszulagen in Winterthur die drei Grossbetriebe Rieter, Sulzer und Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik mit insgesamt über 6000 Arbeitern acht Tage lang stillgestanden. Hintergrund dieser Welle von Streiks, Lohnbewegungen und Teuerungsprotesten waren die Ernährungskrise⁵⁷ und die damit verknüpfte Inflationsproblematik in

53 Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.), *Anträge, Beschlüsse und Gutachten zur Militärfrage*, Zürich, 1917.

54 «Ein zweites 1918? Von einem kritischen Beobachter», *Rote Revue*, Nr. 23, 1943/44, S. 40–48, hier S. 45.

55 SozArch, Ar 481.11, Bankpersonalverband Zürich: Protokoll über die Verbandsversammlungen 1917–1919, 29. 9. 1918; Daniel Frey, «Der Zürcher Bankangestelltenstreik im Herbst 1918», Hans Rudolf Fuhrer et al. (Hg.), *Innere Sicherheit – Ordnungsdienst*, Teil 1: *Bis zum Oktober 1918*, Zürich, 2017, S. 99–117; Ilja Stieger, *Die Arbeiterunion Zürich 1914 bis 1918. Das Engagement der Arbeiterunion Zürich ab dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 bis zum Ausbruch des Landesstreiks 1918*, Lizentiatsarbeit Universität Zürich, 2013, S. 95–97.

56 *Grütli*, 10. 7. 1918; «Der Generalstreik in Lugano», *Gewerkschaftliche Rundschau*, Nr. 10, 1918, S. 62; «Der Generalstreik in Lugano. Eindrücke und Erlebnisse», *Die Vorkämpferin*, Nr. 13/9, 1918, S. 4 f.; Gabriele Rossi, «Lugano und die Streiks von 1918», Valérie Boillat et al. (Hg.), *Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten*, Zürich, 2006, S. 154 f.

57 Christian Pfister, «Auf der Kippe. Regen, Kälte und schwindende Importe stürzten die Schweiz 1916–1918 in einen Nahrungsengpass», Daniel Krämer, Christian Pfister, Daniel Marc Segesser (Hg.), «Woche für Woche neue Preisaufschläge». *Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges*, Basel, 2016, S. 57–81.

Kombination mit dem auch international zunehmend artikulierten Anspruch der Arbeiterbewegung auf Teilhabe an den politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen.⁵⁸ Infolge des Zusammenbruchs der Getreideimporte spitzte sich die Ernährungssituation in der ersten Jahreshälfte 1918 immer mehr zu. Erst ab August wurde der Abwärtstrend allmählich gebremst, weil aus den USA wieder Getreideimporte eintrafen; die Situation blieb aber angespannt.⁵⁹ In der zweiten Jahreshälfte 1918 waren etwa 700 000 Personen von Notstandsunterstützung abhängig; in den Städten musste zum Teil über ein Viertel der Bevölkerung notstandsversorgt werden.⁶⁰ Am Kriegsende war der Nahrungsmittelverbrauch auf drei Viertel des Vorkriegsniveaus gesunken, wobei bereits im zweitletzten Kriegsjahr 25–30 Prozent weniger Kalorien zur Verfügung standen als 1913.⁶¹ Der Medizinhistoriker Kaspar Staub hat nachgewiesen, dass anthropometrische Daten aus verschiedenen Schweizer Städten «spätestens 1918 einen deutlichen Einbruch des unmittelbaren Ernährungszustandes an[zeigen]».⁶²

Daneben spielten in der Streikwelle von 1918 auch Arbeitszeitverkürzungen, von denen mehr erkämpft wurden als in den vorangegangenen zwei Jahrzehnten zusammen, sowie die Forderung nach Tarifverträgen eine wichtige Rolle,⁶³ Begehren also, die auf eine Anerkennung und Integration der Arbeiterschaft abzielten und auch im Kontext einer «Global Revolution of Rising Expectations»⁶⁴ zu sehen sind. Der jüngst unternommene Versuch, durch scheinbare Widerlegung eines karikaturartig wiedergegebenen «Verelendungsnarrativs» die strukturellen und mittelfristigen sozialen Ursachen des Landesstreiks in Abrede zu stellen und diesen mit einer weitgehend ereignisgeschichtlichen Argumentation auf einen Showdown zwischen der Armeeführung und der Zürcher Arbeiterunion zu reduzieren, erscheint im Lichte dieser Fakten nicht plausibel.⁶⁵

58 Jakob Tanner, *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, München, 2015, S. 151 f.

59 Florian Weber, *Die amerikanische Verheissung. Schweizer Aussenpolitik im Wirtschaftskrieg 1917/18*, Zürich, 2016, S. 110–118; Robert Labhardt, *Krieg und Krise. Basel 1914–1918*, Basel, 2014, S. 215–219.

60 François Walter, *Histoire de la Suisse*, Bd. 4, Neuchâtel, 2010, S. 132.

61 Kaspar Staub, «Der vermessene menschliche Körper als Spiegel der Ernährungs- und Gesundheitsverhältnisse am Ende des Ersten Weltkrieges», Daniel Krämer, Christian Pfister, Daniel Marc Segesser (Hg.), «Woche für Woche neue Preisaufschläge», S. 285–305, hier S. 289.

62 Kaspar Staub, «Der vermessene menschliche Körper», S. 304. Vgl. auch Joël Floris, *Körpergrösse, Body-Mass-Index und Geburtsgewichte. Lebensstandard und Anthropometrie in Zürich und Basel 1904–1951*, Dissertation Universität Zürich, 2015, S. 103–122 und 139–149, der zudem auf die schichtspezifischen Einflüsse der «Notstandsmilch» hinweist.

63 Walter Stucki, *Der Schweizerische Gewerkschaftsbund*, S. 54, 58.

64 Jörn Leonhard, «1917–1920 and the Global Revolution of Rising Expectations», Stefan Rinke, Michael Wildt (Hg.), *Revolutions and Counter-Revolution. 1917 and its Aftermath from a Global Perspective*, Frankfurt am Main, 2017, S. 31–51.

65 Rudolf Jaun, Tobias Straumann, «Durch fortschreitende Verelendung zum Generalstreik? Widersprüche eines populären Narrativs», *Der Geschichtsfreund*, Nr. 169, 2016, S. 19–53.

Der diskursive Aufbau des Landesstreiks knüpfte an die Vorkriegsdiskussionen an und war zugleich integraler Bestandteil der Protestwelle von 1917/18. Bereits 1917 gab es mehrfach Generalstreikgerüchte und -drohungen,⁶⁶ der überregionale Demonstrationsstreik Ende August 1917 wurde zum Teil «Generalstreik» genannt und der SGB-Kongress vom September 1917 bezeichnete den Generalstreik als mögliches Mittel gegen Einschränkungen des Koalitions- und Streikrechts oder gegen Untätigkeit der Behörden in Fragen der Preissteigerungen, der Lebensmittelverteilung und des Arbeiterschutzes.⁶⁷ Am 29. Januar 1918 fasste der Bundesrat einen geheimen Beschluss betreffend Vorbereitungen zu Massnahmen bei einem eventuellen Generalstreik.⁶⁸ Am Abend desselben Tages forderten die Delegierten der Arbeiterunion Zürich eine Landesstreikdrohung, falls der Bundesrat nicht von seinen Plänen einer Zivildienstpflicht Abstand nehmen sollte.⁶⁹

Das Oltener Aktionskomitee (OAK) setzte an seiner ersten Sitzung vom 7. Februar 1918 – kurz nach den Massenstreiks in der österreichischen und deutschen Industrie, bei denen sowohl Verbesserungen der Arbeits- und Ernährungssituation als auch Demokratisierung und die Beendigung des Krieges gefordert worden waren⁷⁰ – eine Kommission zur Evaluation der Möglichkeiten eines Generalstreiks ein. Deren Konzept wurde Anfang März an einer gemeinsamen Konferenz der Spitzen von SGB und SP nach kontroversen Voten in abgeschwächter Version als Diskussionsgrundlage angenommen.⁷¹ In der Folge fand unter den SGB-Verbänden eine Umfrage zur Thematik statt und Anfang April drohte das OAK nach der Erhöhung des Milchpreises ein erstes Mal mit einem Landesstreik.⁷² Auch die bürgerliche Presse und die bürgerlichen Parteien diskutierten seit Jahresbeginn die Möglichkeit eines Landesstreiks intensiv.⁷³ Die dabei in der Romandie gebräuchliche Bezeich-

Paradoxerweise gehen Jaun und Straumann für die Kriegszeit von einem Reallohnverlust von 40 Prozent aus, obwohl eine korrekte Berechnung mittels der von ihnen angeführten Zahlen lediglich 20 Prozent ergeben würde, Jaun, Straumann, *Verelendung*, S. 24.

66 *Grütli*, 27. 2., 24. 5., 18. 8., 29. 8., 31. 8., 17. 10., 21. 11. 1917.

67 *Protokoll des Schweizerischen Gewerkschaftskongresses, 7. bis 9. September 1917 im Volkshaus in Bern*, Bern, 1917, S. 118–125.

68 René Zeller, *Ruhe und Ordnung in der Schweiz. Die Organisation des militärischen Ordnungsdienstes von 1848 bis 1939*, Bern, 1990, S. 38 f.

69 Willi Gautschi, *Der Landesstreik*, S. 88 f.

70 Christian Koller, *Streikkultur*, S. 289–315; Gerd Krumeich, «Januarstreiks», ders., Gerhard Hirschfeld (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn, 2003, S. 591–593.

71 Archiv SGB, G 23/B, Protokolle des Oltener Aktionskomitees; *Protokoll der 3. Sitzung des Gewerkschafts-Ausschusses in Verbindung mit der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und dem Bureau der Nationalratsfraktion*, Bern, 1918; Willi Gautschi, *Der Landesstreik*, S. 96–102; ders. (Hg.), *Dokumente zum Landesstreik 1918*, Zürich, 1971, S. 68–74.

72 Willi Gautschi, *Der Landesstreik*, S. 104–124.

73 Ebd., S. 147; Christoph Mörgeli, *Bauern, Bürger, Bundesräte: 1917–2017. Hundert Jahre Zürcher SVP*, Zürich, 2017, S. 118 f.

nung des OAK als «Soviet d'Olten»⁷⁴ antizipierte bereits die Verschwörungstheorie des Landesstreiks als ein aus Russland gesteuerter Putschversuch.

Die zweite Landesstreikdrohung wurde am 28. Juli auf Antrag des OAK vom ersten Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongress in Basel ausgesprochen für den Fall, dass der Bundesrat auf einen Elf-Punkte-Forderungskatalog, der sowohl die volle Wiederherstellung der Demonstrations- und Pressefreiheit als auch Massnahmen gegen Versorgungskrise und Teuerung enthielt, nicht eintrete.⁷⁵ Wie bei der ersten Generalstreikdrohung machte der Bundesrat auch dieses Mal Konzessionen. Im September berichtete die *Gewerkschaftliche Rundschau* unter dem Titel «Die schweizerische Arbeiterschaft vor dem Generalstreik» über diese Vorgänge, beklagte, die Arbeiterschaft werde von den Behörden fortlaufend gezwungen, «mit dem schärfsten Geschütz aufzufahren», um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen, und drohte: «Wenn unsere Behörden [...] bei diesem System bleiben, garantieren wir ihnen keine lange Ruhepause [...]»⁷⁶ Auf die Ende Juli einsetzenden Generalstreikvorbereitungen sowohl des OAK als auch der Behörden⁷⁷ ist hier ebenso wenig einzutreten wie auf die unmittelbare Vorgeschichte und den Verlauf des Landesstreiks.

Vom Landesstreik zum «Arbeitsfrieden»

Das Jahrzehnt zwischen dem Landesstreik und der Weltwirtschaftskrise ist von der Forschung als Phase des «Abschieds vom Klassenkampf» bezeichnet worden.⁷⁸ In der unmittelbaren Nachkriegszeit blieb die Streiktätigkeit zunächst hoch: 1919 gab es 237 Streiks, 1920 noch 184.⁷⁹ Diese Arbeitskämpfe wurden hauptsächlich um Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen geführt. Tatsächlich stiegen die Reallöhne rasch an und erreichten 1920 beinahe den Stand von 1913/14.⁸⁰ Herausragende Konflikte waren die Bau- und Holzarbeiterstreiks von 1919 und die Bauarbeitsperrung von 1920.⁸¹ Ein im Juni 1919 in Genf

74 Zum Beispiel *Le Nouvelliste*, 9. 4. 1918; *Gazette de Lausanne*, 13. 4., 5. 8. 1918; *Journal de Genève*, 14. 4., 3. 8. 1918.

75 *Protokoll des Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongresses. Samstag den 27. und Sonntag den 28. Juli 1918*, Bern, 1918; Willi Gautschi, *Der Landesstreik*, S. 127–139.

76 «Die schweizerische Arbeiterschaft vor dem Generalstreik», *Gewerkschaftliche Rundschau*, Nr. 10, 1918, S. 65–68, hier S. 68.

77 Willi Gautschi, *Der Landesstreik*, S. 139–146, 172–199; ders., *Dokumente*, S. 111–146.

78 Bernard Degen, *Abschied vom Klassenkampf. Die partielle Integration der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zwischen Landesstreik und Weltwirtschaftskrise (1918–1929)*, Basel, 1991.

79 Christian Koller, *Streikkultur*, S. 326.

80 Heiner Ritzmann-Blickenstorfer, *Historische Statistik*, S. 448 (G.4a und b).

81 Bernard Degen, *Abschied vom Klassenkampf*, S. 72–76, 102–108.

proklamierter Generalstreik wurde wenig befolgt,⁸² am 7. Juli 1919 kam es aber in Bern anlässlich des Haftantritts von Robert Grimm, der im Landesstreikprozess zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt worden war, zu einem halbtägigen Generalstreik. Anfang August 1919 gab es Generalstreiks in Basel und Zürich, bei denen Ordnungstruppen in Basel fünf und in Zürich einen Demonstranten töteten und während denen die Möglichkeit eines zweiten Landesstreiks im Raum stand.⁸³ Bei diesen Streiks marschierten erstmals Bürgerwehren auf. In der Deflationskrise 1921/22 richteten sich Streiks dann gegen den Abbau der Nominallöhne. Höhepunkt war eine neunwöchige Holzarbeiteraussperrung im Frühjahr 1922.⁸⁴ Auch in der Metallindustrie gab es 1922 eine Reihe von Abwehrstreiks.⁸⁵ Sodann führten Bestrebungen, die Arbeitszeitverkürzungen zurückzunehmen, zu verschiedenen Arbeitskämpfen.⁸⁶ Ab 1925 nahm die Streiktätigkeit stark ab und es gab, mit Ausnahme des Jahres 1946, in der Schweiz nie mehr als fünfzig Streiks pro Jahr.⁸⁷ Die GAV waren in der Zwischenkriegszeit weiter auf dem Vormarsch. Allmählich entstand auch ein neues Konzept des Arbeitsfriedens: Die gewerkschaftliche Konzeption der relativen Friedenspflicht, die Kampfmassnahmen nur bei vertraglich geregelten Fragen untersagte, wurde im Nachgang zum Landesstreik vom Bundesgericht gestützt.⁸⁸ 1929 plädierte indessen SMUV-Generalsekretär Achille GrosPierre für die absolute Friedenspflicht, stiess damit aber noch auf Widerspruch.⁸⁹ In der Krisenzeit der 1930er-Jahre blieb die Zahl der Streiks zwar auf dem tiefen Niveau der späten 1920er-Jahre, Dauer und Beteiligung nahmen jedoch zu. In mehreren Fällen, etwa dem Zürcher Heizungsmonteurstreik 1932, in dessen Verlauf ein Demonstrant bei einem Polizeieinsatz erschossen und ein Gewerkschafter von Demonstranten zu Tode geprügelt wurde, unterstützten die Kommunisten «wilde» Streiks, um sich gegen die «reformistischen» Gewerkschaften zu profilieren.⁹⁰ Im Genfer Baugewerbe trug eine anarchosyndikalistische

82 *Journal de Genève*, 17. 6. 1919; *Berner Tagwacht*, 17. 6., 3. 7. 1919.

83 Hanspeter Schmid, *Krieg der Bürger. Das Bürgertum im Kampf gegen den Generalstreik 1919 in Basel*, Zürich, 1980; Thomas Greminger, *Ordnungstruppen in Zürich. Der Einsatz von Armee, Polizei und Stadtwehr Ende November 1918 bis August 1919*, Basel, 1990.

84 Bernard Degen, *Abschied vom Klassenkampf*, S. 169–176.

85 Ebd., S. 179; Koller, *Kriegs- oder Friedensgewinnler*, S. 254–256.

86 Bernard Degen, *Abschied vom Klassenkampf*, S. 256–271.

87 Christian Koller, *Streikkultur*, S. 326, 408.

88 «Arbeiterrecht», *Gewerkschaftliche Rundschau*, Nr. 11, 1919, S. 105.

89 A[chille] GrosPierre, «Die Friedenspflicht aus Tarifvertrag», *Gewerkschaftliche Rundschau*, Nr. 21, 1929, S. 224–227; Paul Baumann, «Die Friedenspflicht aus Tarifvertrag», *Gewerkschaftliche Rundschau*, Nr. 21, 1929, S. 77–89, 227–231.

90 Josef Wandeler, *Die KPS und die Wirtschaftskämpfe 1930–1933*, Zürich, 1978; Christian Koller, *Streikkultur*, S. 344–376.

Strömung zu einer kämpferischen Haltung bei.⁹¹ Im November 1932 proklamierte die Genfer Gewerkschaftsunion einen eintägigen Generalstreik, nachdem Ordnungstruppen bei einer antifaschistischen Demonstration dreizehn Personen getötet hatten. Der Aufruf wurde nur teilweise befolgt, während der Versuch der KPS, einen landesweiten Generalstreik zu lancieren, scheiterte.⁹²

Die international von faschistischen wie auch sozialkatholischen Kreisen propagierte Idee der berufsständischen Ordnung fand in der Schweiz beim Christlichnationalen Gewerkschaftsbund und einigen Wirtschaftsverbänden Resonanz, die sich davon eine Schweiz ohne Streiks versprachen.⁹³ Der Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes etwa legte 1934 einen Modellentwurf für einen Schweizer Korporationenstaat vor.⁹⁴ 1936 ermächtigte der Bundesrat, der nach der Frankenabwertung und den damit verbundenen Kaufkraftverlusten eine Streikwelle fürchtete, das Volkswirtschaftsdepartement zur Zwangsschlichtung.⁹⁵ Die Arbeitsmarktparteien lehnten solche Mechanismen ab und bemühten sich stattdessen um einen Ausbau vertraglicher Beziehungen. Im Juli 1937 unterzeichneten der ASM sowie der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband, der Christliche Metallarbeiter-Verband, der Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer und der Schweizerische Verband evangelischer Arbeitnehmer das «Friedensabkommen» der Maschinen- und Metallindustrie.⁹⁶ Der zunächst auf zwei Jahre befristete Vertrag enthielt keine materiellen Regelungen. Kernpunkte waren die Austragung von Meinungsverschiedenheiten nach dem Grundsatz von «Treu und Glauben», die absolute Friedenspflicht und ein mehrstufiges Konfliktlösungsverfahren.⁹⁷ Weniger Beachtung oder gar Mythologisierung erfuhr der im Folgejahr abgeschlossene erste «Landesmantelvertrag» im Bauhauptgewerbe.⁹⁸ Dieser enthielt keine absolute Friedenspflicht, dafür konkrete Regelungen bezüglich Löhnen und Arbeitszeiten.

91 Alexandre Elsig, *La Ligue d'action du bâtiment. L'anarchisme à la conquête des chantiers genevois dans l'entre-deux-guerres*, Lausanne, Genève 2015.

92 Jean Batou, *Quand l'esprit de Genève s'embrase. Au-delà de la fusillade du 9 novembre 1932*, Lausanne, 2012, S. 86–90.

93 Quirin Weber, *Korporatismus statt Sozialismus. Die Idee der berufsständischen Ordnung im schweizerischen Katholizismus während der Zwischenkriegszeit*, Fribourg, 1989.

94 *St. Galler Entwurf. Ein Vorschlag zur Organisation der Wirtschaft*, St. Gallen, 1934.

95 Renatus Gallati, *Der Arbeitsfriede in der Schweiz und seine wohlstandspolitische Bedeutung im Vergleich mit der Entwicklung in einigen anderen Staaten*, Frankfurt am Main, 1976, S. 111–114; Kurt Waldner, *Die Schlichtung*, S. 135–140.

96 Kurt Humbel, *Treu und Glauben. Entstehung und Geschichte des Friedensabkommens in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie*, Bern, 1987.

97 SozArch, Ar SMUV 02I-0006, Friedensabkommen vom 19. 7. 1937.

98 Hans-Martin Tschudi, *Die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse durch die Sozialpartner des schweizerischen Baugewerbes dargestellt an der Entwicklung des Landesmantelvertrages für*

Die Abkommen von 1937/38 bedeuteten keineswegs das Ende der Streiktätigkeit in der Schweiz. Zwar ging die Streikrate ab 1938 stark zurück. Mitten im Zweiten Weltkrieg drehte der Trend aber wieder und es machten sich Befürchtungen eines neuen «1918» breit.⁹⁹ Aufgrund der inzwischen fortgeschrittenen Integration der Arbeiterbewegung in den Staat und veränderter wirtschafts- und sozialpolitischer Gegebenheiten¹⁰⁰ kam es am Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Generalstreik. Von 1945 bis 1949 gab es aber eine Streikwelle, bei der die im Krieg erlittenen Reallohnneinbussen zu einem grossen Teil ausgeglichen und zahlreiche GAV abgeschlossen wurden.¹⁰¹ 1951 unterstanden 775 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einem GAV, zwölfmal mehr als bei Ausbruch der Weltwirtschaftskrise.¹⁰² In der Folge ging die Streiktätigkeit massiv zurück.

Fazit

Insgesamt war der Landesstreik Höhe- und Wendepunkt der Phase intensiver Streiktätigkeit im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts und integraler Bestandteil der schweizerischen und internationalen Streikwelle 1917–1919. Bei seiner Genese spielten nebst der unmittelbaren ereignisgeschichtlichen Zuspitzung im November 1918 die materiellen Probleme der Kriegszeit, die mangelhafte Integration der Arbeiterbewegung, aber etwa auch die Generalstreiktradition der Vorkriegszeit zusammen. Kurzfristig führte der Landesstreik zu einer verstärkten politischen Polarisierung, aber auch zur Verwirklichung der jahrzehntelangen Forderung der Arbeiterbewegung nach der 48-Stunden-Woche sowie zur Beschleunigung der Regelung von Arbeitsbeziehungen in GAV. Mittelfristig, insbesondere während des Zweiten Weltkriegs, führte er als Menetekel dazu, dass

das schweizerische Hoch- und Tiefbau-, Zimmer-, Steinhauer- und Steinbruchgewerbe 1938–1976, Zürich, 1979, S. 7–32.

99 André Lasserre, *Schweiz. Die dunkeln Jahre: Öffentliche Meinung 1939–1945*, Zürich, 1992, S. 428; Jürg Schoch, *Mit Aug' und Ohr für's Vaterland. Der Schweizer Aufklärungsdienst von Heer und Haus im Zweiten Weltkrieg*, Zürich, 2015, S. 249–266.

100 Matthieu Leimgruber, Martin Lengwiler (Hg.), *Umbruch an der «inneren Front». Krieg und Sozialpolitik in der Schweiz, 1938–1948*, Zürich, 2009; Sébastien Guex, Marc Perrenoud, «Prévenir la grève générale», *traverse*, Nr. 2/4, 1995, S. 17–19.

101 Rita Schiavi, Ruedi Brassel, «Kämpfend in den Arbeitsfrieden. Zur Streikwelle der unmittelbaren Nachkriegszeit», Bernard Degen et al. (Hg.), *Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos. Gewerkschaftspolitik und Kampf um Arbeit – Geschichte, Krise, Perspektiven*, Zürich, 1987, S. 57–69; Christian Koller, *Streikkultur*, S. 426–444.

102 Rénatus Gallati, *Der Arbeitsfriede*, S. 76–94.

soziale Reformen in die Wege geleitet und sozialpartnerschaftliche Regelungen getroffen wurden, die in einen massiven Niedergang der Streiktätigkeit mündeten und den Mythos von der streikfreien Schweiz begründeten.

Résumé

La Grève générale et l'histoire des grèves en Suisse

L'article replace la Grève générale dans le contexte de l'histoire des grèves en Suisse. Depuis les années 1860, ces dernières avaient été de plus en plus nombreuses. Cette évolution s'accéléra entre 1900 et 1914 et atteignit son point culminant en 1905-1907, dans le sillage d'une vague internationale de grèves. Les effectifs des syndicats s'accrurent tandis que se créaient des associations patronales de combat. Le débat international sur les grèves de masse atteignit aussi la Suisse et entre 1902 et 1912 il y eut plusieurs grèves générales locales. L'appel fréquent à l'armée contre les grévistes accrut l'hostilité du mouvement ouvrier à son égard ; cela joua un rôle clé dans la période précédant la Grève générale. Après le début de la guerre, les grèves diminuèrent fortement mais reprirent dès 1916 et étaient dans la dernière année de guerre aussi nombreuses qu'avant guerre. Les grèves s'inscrivaient dans des mouvements de protestation, manifestations de rue et mouvements salariaux, qui portaient aussi sur les problèmes de ravitaillement et le renchérissement, et témoignaient du manque d'intégration du mouvement ouvrier. La Grève générale renforça la polarisation politique mais permit aussi la réalisation immédiate de la semaine de 48 heures et l'accélération des négociations pour des conventions collectives de travail. Dans les décennies suivantes, la Grève générale fut considérée comme l'antithèse absolue du partenariat social, dont le développement entraîna une forte diminution des grèves.

(Traduction: Marianne Enckell)

